

19.01.2024

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4583

Zuschuss zum Deutschlandticket für die Landesbeschäftigten – Landesregierung muss jetzt handeln

Berichterstatlerin

Abgeordnete Carolin Kirsch

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 18/4583 - wird abgelehnt.

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag, Drucksache 18/4583, wurde durch das Plenum am 14. Juni 2023 zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an den Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses und den Verkehrsausschuss überwiesen.

Der Antrag beinhaltet eine Forderung nach Bezuschussung des Deutschlandtickets für Landesbeschäftigte, auch vor dem Hintergrund der Attraktivierung des Öffentlichen Dienstes, sowie die Unterstützung der Kommunen bei der Einführung einer analogen Regelung für ihre Beschäftigten.

B Beratung

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat eine schriftliche Anhörung zu diesem Antrag durchgeführt.

Folgende Stellungnahmen wurden eingereicht:

Urheber/in	Stellungnahme
Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	18/744
Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	
Städte- und Gemeindebund NRW Düsseldorf	
DGB Bezirk NRW Düsseldorf	18/803
Verdi.nrw Düsseldorf	18/844
Deutsche Steuer-Gewerkschaft Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	18/817
Landespersonalrätekonzferenz der wissenschaftlich Beschäftigten an den Hochschulen und Universitätsklinik in der Trägerschaft des Landes NRW	18/784

Eine Auswertung der schriftlichen Anhörung erfolgte in gemeinsamer Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses und des Unterausschusses Personal am 2. November 2023.

Die Fraktion der SPD warb für den Antrag, insbesondere im Hinblick auf die erforderliche Attraktivierung des öffentlichen Dienstes.

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürwortet grundsätzlich Überlegungen zur Attraktivierung des öffentlichen Dienstes, die Landesregierung würde aber bereits Maßnahmen

ergreifen. Der Sprecher der Fraktion verwies zudem auf die laufenden Tarifverhandlungen für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes der Länder.

Die Fraktion der CDU verwies ebenfalls auf die Tarifverhandlungen und erklärte, dass es aktuell keine Rechtsgrundlage für den Antrag gebe.

Die Fraktion der FDP hob hervor, dass der Antrag aus ihrer Sicht nur eine Teilgruppe in den Blick nehme, während die Philosophie des Deutschlandtickets aber ein einheitlicher Tarif für alle Personen gewesen sei.

Die Fraktion der SPD schlug unter den gegebenen Umständen vor, die abschließenden Beratungen zu vertagen und unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Tarifverhandlungen wieder aufzugreifen.

Zur vollständigen Diskussion wird auf das Ausschussprotokoll APr 18/391 verwiesen.

Ergänzend wurde bei der abschließenden Beratung des Haushalts- und Finanzausschusses am 18. Januar 2024 von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – trotz grundsätzlicher Sympathie für das Deutschlandticket – auf die abgeschlossenen Tarifverhandlungen verwiesen, in denen das Deutschlandticket nicht Priorität gewesen sei.

Die Fraktion der SPD verwies darauf, dass der Zuschuss zum Deutschlandticket in einigen Kommunen als freiwillige Leistung eingeführt worden sei und einen wichtigen Schritt darstelle, um nicht hinter die Attraktivität anderer Arbeitgeber zurückzufallen.

Die Fraktionen der FDP und die Fraktion der AfD bekräftigten ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Antrag.

Zur vollständigen Diskussion wird auf das später vorliegende Ausschussprotokoll 18/469 verwiesen.

Der mitberatende Verkehrsausschuss hat in seiner Sitzung am 18. Oktober 2023 seine Mitberatung ohne Abgabe eines Votums abgeschlossen.

Der mitberatende Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses hat seine Mitberatung in der Sitzung vom 2. November 2023 ohne Abgabe eines Votums abgeschlossen.

Über den Antrag, Drucksache 18/4583, wurde im federführenden Haushalts- und Finanzausschuss am 18. Januar 2024 abgestimmt.

Bei der Abstimmung wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt.

C Ergebnis

Der federführende Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt, den Antrag, Drucksache 18/4583, abzulehnen.

Carolin Kirsch
Vorsitzende